

Neuer Bundestag, neue Regierung

Wie steht es um den politischen Katholizismus in den 2020ern?

NEUE MITTE



Seit der deutschen Wiedervereinigung ist die Anzahl der Christinnen und Christen im Deutschen Bundestag kontinuierlich zurückgegangen. Damit spiegelt das deutsche Parlament auch den allgemeinen Rückgang an Kirchenmitgliedern im Deutschland dieser Zeitspanne. Das Hohe Haus ist religiös und weltanschaulich vielfältiger geworden. Laut einer von dem Medium katholisch.de durchgeführten Analyse der Biografien der 735 Abgeordneten auf der Internetseite des Parlaments ist dieser Abwärtstrend nun allerdings zumindest vorerst gestoppt. Dem noch relativ jungen 20. Deutschen Bundestag gehören demnach immer noch zahlreiche Christen an. 162 (22,04 Prozent) davon bekennen sich zur römisch-katholischen Kirche.

Das muss nicht zwangsläufig Einfluss auf die politischen Inhalte der neuen Legislaturperiode haben. Für die katholische Kirche gilt ohnehin, dass die Zeit der Wahlhirtenbriefe und der natürlichen Nähe zu den Unionsparteien als vermeintliche Haupterben des politischen Katholizismus der Zentrumsparterie längst vorbei ist. Noch im Jahr 1980 nahmen die deutschen Bischöfe in einem solchen Wahlhirtenbrief vor einer Bundestagswahl Stellung zu politischen Streitfragen. An erster Stelle ging es den Bischöfen darin um den Schutz des ungeborenen Lebens sowie von Ehe und Familie. Das Dokument schlug hohe Wellen: Auch innerkirchlich wurde das als ungebührliche klerikale Einmischung und indirekte Wahlempfehlung für CDU/CSU betrachtet. Damals wie heute brauchen mündige Katholiken indes keine episkopalen Wahlempfehlungen. Damals wie heute steht ganz grundsätzlich nicht nur das „wie“, sondern auch das „dass“ kirchlicher Äußerungen in der Öffentlichkeit zu politischen Themen infrage. Die aktuelle Glaubwürdigkeitskrise der Kirche trägt ebenfalls dazu bei, dass Kirche als politisch aktive „Moralagentur“ nicht gerade gefragt ist. Sie muss daher ihre Rolle in der kritischen Öffentlichkeit jenseits wohlfeiler Apologetik und Opferrollenrhetorik grundlegend neu klären.

Doch auch wenn der Ruf der katholischen Kirche angeschlagen ist, wird die christliche Ethik der Nächstenliebe in der heutigen pluralistischen Gesellschaft von vielen Menschen nach wie vor hochgeschätzt. Christliche Nächstenliebe aber greift auch aus auf die Frage nach der politischen Gestaltung einer gerechten Gesellschaft. Mit ihrer Soziallehre macht die Kirche ein Orien-

tierungsangebot dazu. Mit ihren Sozialprinzipien Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit stellt die katholische Soziallehre auch für die neue Legislaturperiode ein nach wie vor starkes Wertefundament mit sozialetischer Orientierungskraft dar. Das ist ihr Ass im Ärmel, das die Kirche und ihre Glieder in Gesellschaft und Politik weiterhin ausspielen dürfen und sollen.

Die katholische Soziallehre in die politischen und parlamentarischen Debatten einzubringen, wird jedoch nicht leichter. Es ist unklar, wie vielen der insgesamt 162 katholischen Abgeordneten verschiedener Parteien die katholische Soziallehre überhaupt hinreichend bekannt, geschweige denn praktisch relevant ist. Überdies können katholische Christen bezogen auf konkrete politische Sachfragen selbstverständlich ganz unterschiedlicher Meinung sein. Die katholische Kirche und der politische Katholizismus sind bunt und plural. Politisch engagierte Katholiken können daher schon lange nicht mehr als eine zusammengehörige Gruppe angesehen werden. Allein wegen der Vielfalt des heutigen Katholischseins existiert demnach keine Basis für eine Politik hoher rechtgläubiger Gesinnungsethik und entsprechend moralisch aufgeladener Maximalpositionen – das gilt es nüchtern und unaufgeregt zur Kenntnis zu nehmen.

Leidenschaft ist dagegen angezeigt, wenn es darum geht, unsere Demokratie und unsere Politiker aller Begrenzungen, Probleme und Enttäuschungen zum Trotz gegenüber wohlfeilen Diktaturvorwürfen und grassierenden Verachtungstendenzen zu verteidigen.

Die katholische Soziallehre in die politischen und parlamentarischen Debatten einzubringen, wird nicht leichter.

Papst Franziskus mahnt in dem Sinne in seinem Schreiben Evangelii gaudium eine grundsätzliche Wertschätzung an: „Die so in Misskredit gebrachte Politik ist eine sehr hohe Berufung, ist eine der wertvollsten Formen der Nächstenliebe, weil sie das Gemeinwohl anstrebt.“ Das schließt natürlich nicht die Notwendigkeit aus, auch der neuen Ampelkoalition kritisch-konstruktiv zu widersprechen, wo immer nötig. Zwischen Bundesregierung und katholischer Kirche kristallisiert sich dabei bereits das Feld der Bioethik als besonders neuralgischer Konflikttherd heraus. Angesichts des Vorhabens der Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen sieht die Kirche rot, und das zu Recht. Auf den Feldern der Klima-, Migrations- und Sozialpolitik steht die Ampel aus christlich-sozialethischer Sicht dagegen wohl eher auf gelb-grün.

Für das Wertefundament der katholischen Soziallehre darf und soll deshalb weiter Überzeugungsarbeit geleistet werden, solange die Spielregeln des liberal-pluralen Meinungswettbewerbs

und die Notwendigkeit von Kompromissen, die die Politik als Kunst des jeweils Möglichen zu sondieren hat, dabei geachtet und geschätzt werden. So braucht es etwa engagierte Christinnen und Christen für die vehemente Verteidigung des einmal mühsam errungenen und aus christlich-bioethischer Sicht nach wie vor schmerzhaften Kompromisses bei der Schwangerenkonfliktberatung gegen die von den Ampelparteien geplanten weitgehenden Liberalisierungen von Abtreibungen.

Katholisch-kirchlich gilt bei alledem nicht zuletzt: Politik ist Laiensache. Die Zeiten der Fürstbischöfe und Parteiprälaten sind zum Glück vorbei. Politischer Katholizismus, das sind die gläubigen Laien, die mit ihrem Weltcharakter berufen sind, nicht passiv, kulturpessimistisch zu klagen, sondern kraft Taufe und Firmung in solidarischer Zeitgenossenschaft die Bundesrepublik der 2020er mitzugestalten und dadurch „Soziallehre auf zwei Beinen“ (Papst Franziskus) zu werden. □

Die katholische Soziallehre in die politischen und parlamentarischen Debatten einzubringen, wird nicht leichter.



Impulsgeber

Lars Schäfers

Mag. theol. Lars Schäfers, 1988 geboren in Wuppertal, ist katholischer Theologe, Wissenschaftlicher Referent der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Christliche Gesellschaftslehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn. Seit 2021 ist er außerdem Generalsekretär von Ordo socialis – Wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre.

Konfession und Glaube in Politik und Bevölkerung



Kirchenmitglieder in der Bevölkerung

- Römisch-katholisch: **26,7%**
- Evangelisch: **24,3%**
- Konfessionslos oder ohne Angabe: **46,1%**

Im 20. Deutschen Bundestag (2021–2025)

- Römisch-katholisch: **26,0%**
- Evangelisch: **27,9%**
- Konfessionslos oder ohne Angabe: **43,9%**

Wie glaubt die Bundesregierung?

- Römisch-katholisch: **3 Mitglieder**
- Evangelisch: **6 Mitglieder**
- Muslimisch: **1 Mitglied**
- Konfessionslos: **5 Mitglieder**
- Ohne Angabe: **1 Mitglied**

Gottesdienstbesuche

Die Andachten des Bundestages finden vor langen Sitzungstagen statt. Diese gibt es seit 1949. Zu Hochzeiten haben 120 Abgeordnete die Andacht besucht. Heute sind es 10 bis 15. Das entspricht etwa 2 Prozent der Volksvertreterinnen und -vertreter. 2020 besuchten etwa 5,9 Prozent der Katholikinnen und Katholiken in Deutschland die Messe am Sonntag. 2019 waren es 9,1 Prozent und 2018 9,3 Prozent. Die Corona-Pandemie hat die negative Entwicklung kurzfristig verstärkt.

Konfessionen in den Bundestagsfraktionen

(Stand: 12.01.2022)¹

- **SPD:**
Römisch-katholisch: **18,3%**
Evangelisch: **28,8%**
Islam: **0,7%**
- **CDU/CSU:**
Römisch-katholisch: **57,4%**
Evangelisch: **34,0%**
- **B'90/Die Grünen:**
Römisch-katholisch: **11,9%**
Evangelisch: **21,2%**
Islam: **0,8%**
- **FDP:**
Römisch-katholisch: **22,8%**
Evangelisch: **34,8%**
Islam: **1,1%**
- **AFD:**
Römisch-katholisch: **14,6%**
Evangelisch: **9,8%**
- **Die Linke:**
Evangelisch: **7,7%**
Atheist: **5,1%**

¹ nicht in dieser Statistik berücksichtigt sind konfessionslose MdBs, sowie Mitglieder anderer christlicher Kirchen und diejenigen und die keine Angaben gemacht haben.